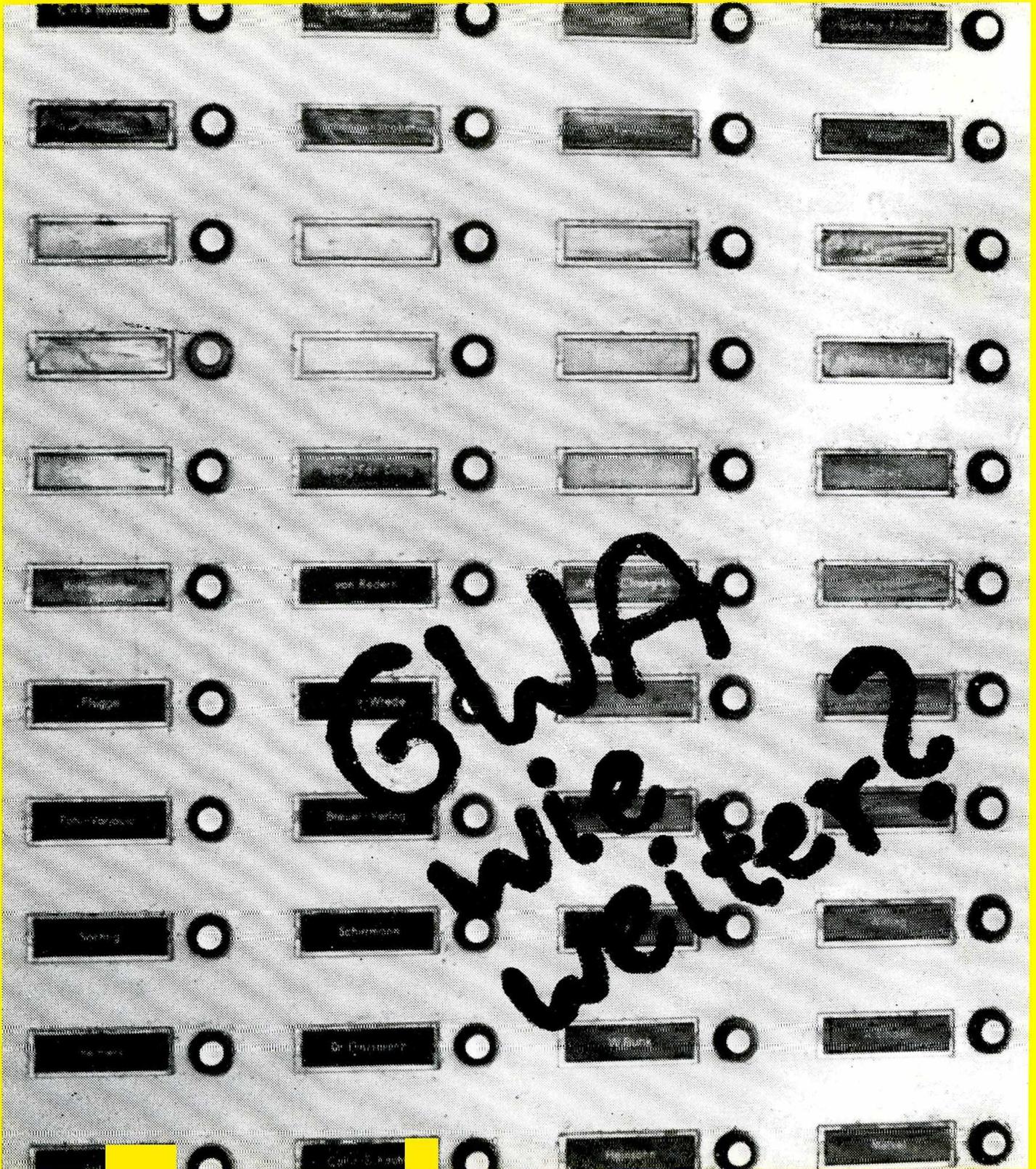
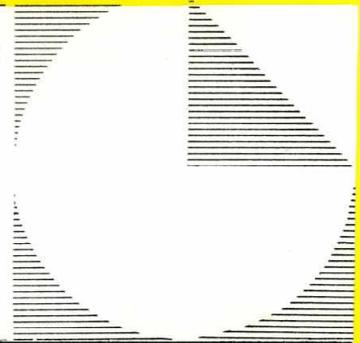




1/89

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



TERMINE

- | | |
|--------------------|--|
| 10. April 1989 | Regionaltreffen Süd-West in Raunheim im Seniorentreff "Die Kiste", Moselstraße 1a, 19.30 Uhr |
| 11. April 1989 | Fachgruppe Geschäftsführer in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten |
| 12. April 1989 | Regionaltreffen Mitte in Marburg bei der IKJG, In der Gemoll 19, 19.30 Uhr |
| 13. April 1989 | Schuldnerberatung in Arbeitsprojekten I, Geschäftsstelle Frankfurt, 9 Uhr |
| 15./16. April 1989 | Koordinierungstreffen in Braunschweig zur Vorbereitung des bundesweiten Sozialhilfetreffens im August |
| 17. April 1989 | Regionaltreffen Süd in Offenbach, Lämmerspieler Weg 111, 19.30 Uhr |
| 18. April 1989 | Spielstuentreffen Süd in Frankfurt, Kinderkeller Böttgerstraße, 9.30 Uhr |
| 19. April 1989 | Projekttreffen in Kassel, Kulturzentrum Schlachthof, 14 Uhr |
| 20. April 1989 | Schuldnerberatung in Arbeitsprojekten II, Geschäftsstelle Frankfurt, 9 Uhr |
| 27. April 1989 | AG GWA in der AGS in Wiesbaden, 13 Uhr |
| 29. April 1989 | AG Sozialhilfe, Frankfurt Geschäftsstelle, 14 Uhr |
| 2. Mai 1989 | Landestagung der Arbeitsloseninitiativen (DGB Ffm.) |
| 3. - 5. Mai 1989 | Jahrestagung der LAG in Dorfweil mit dem Motto: Existenzen sichern - Lebensräume gestalten |
| 6. Mai 1989 | Mitgliederversammlung der LAG in Dorfweil |
| 19. - 21. Mai 1989 | Tagung zur Gemeinwesenarbeit in Neubaugebieten, in Vielbrunn Odw. |
| 20. Mai 1989 | 10 Jahre Aktionskreis Kindergeld und Sozialhilfe Saar, in Saarbrücken |
| 27. Mai 1989 | AG Sozialhilfe |
| 10. Juni 1989 | "Jetzt sind wir mal dran!" LAG-Fest zu 15 Jahren Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten - Hessische Bewohnerinitiativen stellen sich vor in Wiesbaden in der Presberger Straße ab 14 Uhr |
| 29. Juni 1989 | AG GWA, Rodgaustraße in Darmstadt, 13 Uhr |

Liebe Leserinnen und Leser,

"Ja was ist denn GWA", wurde auf der letzten Jahrestagung gefragt. Gemeinwesenarbeit oder Sozialarbeit in den Siedlungen darf auf jeden Fall nichts Starres werden, sie soll sich immer wieder den Veränderungen anpassen, die sich ergeben haben. In diesem Sinne wünsche ich mir, daß dieses Heft zu Auseinandersetzungen über die Sozialarbeit in den Siedlungen beiträgt.

Auf der Jahrestagung und Mitgliederversammlung vom 3. bis 6. Mai 1989 wird die Gemeinwesenarbeit ein wichtiges Thema sein.

Mit herzlichen Grüßen bis dann

Christoph Rüsçh

SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

Margaretenhütte: Der Mieterat berichtet	S. 3
Wer ist die IKJG in Marburg?	S. 5
Der neue Nazismus!	S. 7
ZfF von der LAG zu ZAUG	S. 9

THEMA: GEMEINWESENARBEIT

Gemeinwesenarbeit zwischen Politik und Beruf	S. 10
Wofür sind wir da - wofür werden wir bezahlt und wofür nicht?	S. 16
So soll ein(e) SozialarbeiterIn sein	S. 17

TAGUNGEN

Bundesweites Treffen der Sozialhilfegruppen in Diemerstein	S. 19
Öffentlichkeitsarbeit aber wie?	S. 21

ARBEITSGRUPPEN	S. 23
----------------------	-------

DIES UND DAS	S. 26
--------------------	-------

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstr. 25, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 069 / 25 00 38

Redaktion: Christoph Rüsçh

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

Margaretenhütte: Der Mieterrat berichtet

Am 16. Februar 1989 war in der Margaretenhütte in Gießen 'Tag der offenen Tür'. Viele BesucherInnen kamen, um sich zu informieren. So besuchte eine Kindergruppe aus der Stadt die Kinder aus der Spiel- und Lernstube, am Abend kamen Parteipolitiker und nahmen - im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen - zu den Anliegen der BewohnerInnen Stellung. Am Nachmittag gab es eine Diskussion über Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslose mit Vertretern vom Arbeitsamt und anderen Einrichtungen. In einer weiteren Gesprächsrunde informierten die Mieterräte Lorenz Ried, Johann Tischer und Karl-Heinz Panz über die Tätigkeit des Mieterrates. Darüber wird im Folgenden berichtet.

Als wichtigsten Erfolg sieht der Mieterrat die begonnene Sanierung. Diese ist für den Besucher nicht zu übersehen, der erste sanierte Block in der Margaretenhütte. Doch daß es soweit kam, war nicht selbstverständlich. Noch bis zuletzt wollten viele die Siedlung Margaretenhütte abreißen, ohne eine andere machbare Lösung anbieten zu können. Die BewohnerInnen wollten bleiben, und deshalb setzte der Mieterrat durch, daß saniert wird.

Die Leute im sanierten Block sind zufrieden: sie haben eine schöne Wohnung mit Balkon und

Bad und genügend großen Zimmern. Lorenz Ried weiß es selber am besten, weil er mit seiner Frau in eine neugemachte Wohnung einziehen konnte. Nur mit einem Punkt ist er unzufrieden. Da meint er, hätte der Mieterrat geschlafen, denn es wäre einfach gewesen auch in der kleinen Wohnung einen Zugang vom Flur zur Küche zu schaffen.

"Durch die Sanierung habe ich eine schöne Wohnung bekommen, sollen's die anderen auch bekommen", dies ist das weitere Programm von Lorenz Ried. Vor alle die Flachbauten müssen weg. Die



Lorenz Ried vom Mieterrat und Peter Matzke von der Projektgruppe

SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

Feuchtigkeit und der Schimmel können den BewohnerInnen nicht länger zugemutet werden. Eine Familie, die früher in den Flachbauten gewohnt hat und ständig krank war, ist seit ihrem Umzug in das sanierte Haus kerngesund.

Als weitere Ziele benennt der Mieterrat: die Lahnstraße, die die Siedlung von der Stadt abtrennt, muß zurückgebaut werden, damit die Raserei der Autofahrer aufhört; dann soll mit einem Bebauungsplan weiterer Wohnungsbau in der Umgebung der Margaretenhütte ermöglicht werden, damit sich die Siedlung weiter zu einem 'normalen' Wohngebiet entwickeln kann; für die Schrotthändler sollen geeignete Lager- und Arbeitsplätze gefunden werden.

Eine wichtige und nicht immer einfache Aufgabe ist die Wohnungsvergabe, die in der Siedlung vom Mieterrat gesteuert wird. Von den Mietern wird er dabei akzeptiert. Beim Wohnungsamt hingegen müßten sie auf der Hut sein, berichtet Lorenz Ried, die versuchten immer mal wieder, den Mieterrat übers Ohr zu hauen und eine Wohnung ohne Absprache mit dem Mieterrat zu belegen.

Im Mieterrat sind neben sechs Männern auch drei Frauen. Zu diesen gehört Erna Heidlas. Sie kommt etwas später zum Gespräch, weil sie noch mit ihren Kindern zu tun hatte. Für Frauen, die arbeiten und auch noch eine Familie zu versorgen haben, ist es nicht so einfach auch noch im Mieterrat mitzuarbeiten. Der Mieterrat ist jedoch an der Mitarbeit der Frauen interessiert, so läßt er sich im Sanierungsbeirat immer von einem Mann und einer Frau vertreten. Der Sanierungsbeirat beschließt über alle wichtigen Fragen, die mit der Sanierung der drei Gießener Brennpunkte zu tun haben. Sitz und Stimme haben darin je ein Bewohner und Sozialarbeiter aus den drei Brennpunkten, je ein Vertreter der vier Parteien aus dem Parlament und die Stadt Gießen.

Die erfolgreiche Arbeit des Mieterrates hat sich herumgesprochen. So rufen immer wieder Mieter und Mietervertreter aus anderen, 'normalen' Siedlungen der Wohnbau, der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, bei Lorenz Ried an und wollen wissen, wie sie das denn gemacht hätten in der Margaretenhütte.

Aus solchen Kontakten ist eine regelmäßige Zusammenarbeit aller Mieterräte und MietervertreterInnen von den Siedlungen der Wohnbau von ganz Gießen entstanden, und bereits gibt es erste Überlegungen MietervertreterInnen mit Sitz und Stimme in den Aufsichtsrat der Wohnbau aufzunehmen. Lorenz Ried sähe da keine Probleme, obwohl es sicher nicht einfach ist. Denn ein Aufsichtsrat sollte ja im Interesse des Unternehmens, also in unserem Fall für das Wohlergehen der Wohnbau entscheiden. Dies immer mit dem, was die Mieter brauchen in Einklang zu bringen, ist sicher nicht einfach.

Man sieht, die erfolgreiche Arbeit des Mieterrates zieht Kreise, braucht aber auch eine Menge Zeit. Am wichtigsten bleibt jedoch das Erreichte und die damit verbundenen Veränderungen. So sagt Lorenz Ried zum sanierten Block: "Die Leute, die drinnen wohnen, schätzen die Wohnungen. Es ist alles sauber und kein Zores mehr, es ist ruhiger geworden. Die Leute wollen nicht gekündigt kriegen und achten deshalb auf die Regeln, auch die Wohnbau kontrolliert mehr, daß diese eingehalten werden. Von außerhalb gibt es viele, die hier wohnen wollen. Das geht noch nicht, weil erst die von hier bedient werden müssen".

Am Abend des 'Tages der offenen Tür' in der Margaretenhütte erklärte dann der Bürgermeister Lothar Schüler beim Gespräch mit den ParteivertreterInnen, daß die Stadt noch in diesem Jahr mit der Sanierung von Haus Nr. 20 beginnen werde.

chr.

Wer ist die IKJG in Marburg?

Die Marburger Projekte haben eines gemeinsam: sie benennen sich nicht nach Stadtteilen sondern geben sich geheimsvolle Kürzel wie AKSB, BSF, BSJ und IKJG. Letzteres wollen wir heute vorstellen: die IKJG aus Marburg oder im vollen Wortlaut die 'Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit', die im Marburger Stadtteil Ockershausen seit 1983 tätig ist. Die IKJG ist seit 1984 Mitglied in der LAG (damals noch unter der Bezeichnung 'Bipoli').

Das Regionaltreffen der Region Mitte der LAG wird am 12. April 1989 zu Gast bei der IKJG sein.

Ockershausen liegt am Rande von Marburg. Mit den Fachwerkhäusern und engen Straßen sieht es aus wie ein Dorf, kaum zu glauben, daß hier ein Sozialer Brennpunkt sein soll. Umgeben von Einfamilienhäusern, am Rande von Ockershausen liegt die Straße In der Gemoll. Hier wohnen knapp 100 Familien in etwas angegrauten dreigeschossigen Blöcken, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren oft gebaut wurden.

Birgit Michel und Adolf Lehr von der Bewohnerschaft und Christoph Schemm von der Sozialarbeit berichten über die Siedlung.

Als eine große Schwierigkeit bezeichnen sie, daß es unter den BewohnerInnen viel Streit und wenig Zusammenhalt gebe. Da die Siedlung noch jung ist - die Häuser wurden 1967 bezogen -, und die Mieterschaft ständig wechselt, konnten kaum feste Zusammenhänge entstehen. Nur ein



In der Gemoll



Der Käfig - der Bolzplatz ist 2 km weg!

Teil der BewohnerInnen wohnt gerne hier. Die anderen wollen so schnell wie möglich wieder weg, weil die Siedlung einen so schlechten Ruf hat. So gebe es zum Beispiel eine Putzfirma in Marburg, die ständig Putzfrauen suche, wenn sich aber eine Frau aus der Gemoll melde, würde diese nicht genommen, erklärt Adolf Lehr. Die stärkste Ablehnung komme jedoch aus Ockershausen. Da wolle keiner etwas zu tun haben mit denen aus der Gemoll und kein Verein würde jemanden aufnehmen. Sinnbild für diesen Zustand ist der Bolzplatz: Ein richtiger Käfig, der dazu noch mit einem Netz überspannt ist, damit ja kein Ball ins Nachbargrundstück fällt. Nur Kinder dürfen da Kicken, wenn sich ein paar Jugendliche da treffen, hole der 'freundliche' Nachbar sofort die Polizei.

Im Laufe der Jahre habe sich das Bild der BewohnerInnen stark gewandelt, berichtet Adolf Lehr weiter, er könne sich noch erinnern, bei seinem Einzug habe im Parterre noch ein Mann mit zehn Schafen in der Wohnung gewohnt..., diese Zeiten wären längst vorbei.

Die meisten BewohnerInnen sind arm, so leben etwa zwei Drittel von Sozial- und Arbeitslosenhilfe. Frau Michel rechnet vor, wie wenig ihr mit ihren drei Kindern zum Leben bleibt. Und

man müsse immer auf der Hut sein. So sei ihr zwar ein neuer Elektroherd vom Amt bezahlt worden, dafür würden ihr jedoch DM 50,- im Monat abgezogen. Dazu wäre ihr gesagt worden, wenn sie Widerspruch einlege, käme der Herd wieder raus. Christoph Schemm meint dazu, wenn sie mal gleich damit zur IKJG gekommen wäre, dann hätte man was machen können. Frau Michel ist froh, daß es die Beratung gibt, und daß sie mit dem Papierkram zur IKJG gehen kann. Weiter meint sie, daß eine Gruppe von SozialhilfeempfängerInnen, die sich gemeinsam sachkundig machen und gemeinsam ihre Interessen im Amt vertreten gar nicht so schlecht wäre.

Neben der Armut und dem schlechten Ruf der Siedlung ist der Zustand der Wohnungen und Häuser ein weiteres Problem. Diese müßten dringend renoviert werden: die meisten Wohnungen haben noch Ofenheizung, die Fenster sind undicht, die Häuser müßten isoliert werden und die Briefkästen sind kaputt. All dies wurde vor kurzem auf einer Mieterversammlung zusammengetragen. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft sagte dazu, sie würde gerne modernisieren, sie habe aber kein Geld, doch wenigstens wolle sie die Briefkästen flicken und die Häuser streichen. Adolf Lehr meint dazu, das wäre zu wenig, denn immerhin zahle er bei Ofenheizung den hohen Mietpreis von DM 7,- pro m². Nachdem die Mieterversammlung so gut besucht war, soll jetzt ein fester Mieterkreis gebildet werden, der sich dann stärker um die Wohnungsprobleme kümmern kann.

Auch die Raserei der Autos in der Gemoll soll abgestellt werden. Im letzten Jahr ist Rebeka, die siebenjährige Tochter von Frau Michel von einem Auto angefahren worden und mußte mit einem Oberschenkelbruch ins Krankenhaus.

Der Kreis der aktiven BewohnerInnen umfaßt etwa 15 Personen. Am größten ist die Frauengruppe, es gibt aber auch regelmäßige Treffs für das Bewohner-Info und einen Elternstammtisch.

Gut bewährt habe sich eine Veranstaltungsreihe zu Gesundheits- und Erziehungsfragen,

berichtet Christoh Schemm. Dazu wurden Zahn- und Kinderarzt und Erziehungsberatung eingeladen. Wenig Zuspruch fanden Abende zu Schuldnerberatung und Aids. Schulden wären für viele ein großes Problem, doch keiner wolle nach außen zugeben, daß er Schulden habe.

Adolf Lehr war zwei Jahre im Vorstand der IKJG. Er sah seine Rolle hauptsächlich darin, die Beschwerden der Bewohner über das Projekt vorzutragen, zum Beispiel, wenn in einer Hausaufgabenengruppe zu wenig Hausaufgaben gemacht würden. Sonst habe er wenig Einfluß gehabt, da hätten sich die anderen Vorstände meist vorher verständigt. Zur Zeit ist eine Bewohnerin im Vorstand der IKJG.

Die vier hauptamtlichen Mitarbeiter der IKJG machen in erster Linie Kinder- und Jugendarbeit für die Schulkinder und Jugendlichen in der Gemoll aber auch für die auf dem Tannen- berg. Dies ist ein zweiter Brennpunkt, der von der IKJG mitversorgt wird. Der Tannen- berg ist

eine ehemalige Bundeswehresiedlung, wo etwa 150 Familien wohnen - ohne jegliche Versorgungseinrichtungen und abgeschnitten von der Stadt. Zu Fuß ist diese Siedlung etwa eine halbe Stunde von der Gemoll entfernt, sodaß eine gemeinsame Betreuung der beiden Siedlungen unmöglich ist. Nach der Einschätzung von Christoph Schemm müßte auf dem Tannen- berg unbedingt auch etwas für die Erwachsenen getan werden. Doch dazu fehlen der IKJG die Mitarbeiter. Sie sind schon froh, daß sie auf dem Tannen- berg nach langen Auseinandersetzungen in einem abgestellten Bus mehr für die Jugendlichen machen können.

Als größte Belastung der Arbeit der IKJG bezeichnet Christoph Schemm das jährliche Zitter- spiel, ob die Finanzierung klappt.

Und ganz zum Schluß beim Weggehen ruft Birgit Michel nochmal an und sagt, sie wäre eben fast wieder gestürzt wegen der schlechten Beleuchtung im Treppenhaus, auch hier müßte ...

chr.

Der neue Nazismus!

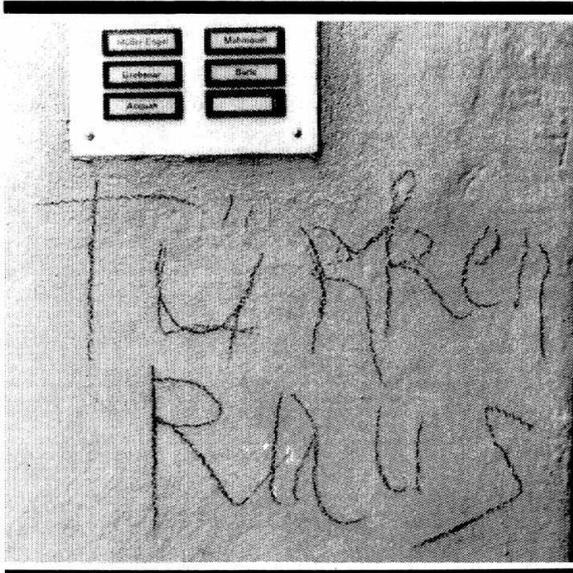
Auch in Rüsselsheim wurden die Briefe der Deutschen Volksunion in alle Briefkästen gesteckt. Die darin enthaltene Stimmungsmache und Hetze gegen Ausländer und Fremde fand viel Beachtung und führte zu erregten Diskussionen. Es zeigte sich, daß es viele gibt, die meinen den Deutschen würde es besser gehen, wenn die Ausländer nicht hier wären.

Für die Frauen vom Arbeitskreis Erziehungsfragen vom "Dicken Busch" war dies Anlaß, sich mit der Frage zu beschäftigen und Stellung zu nehmen. Sie haben dies noch vor den Wahlen in Berlin und Hessen geschrieben, wo ja die Rechtsradikalen mit fremdenfeindlichen Aussagen viele Stimmen bekommen haben. Mit ihrer Sorge über die Entwicklung haben sie damit eine erschreckende Bestätigung gefunden.

Es ist zu hoffen, daß es ihnen damit gelingt, auch in der LAG die Diskussion über die Fremdenfeindlichkeit in Gang zu setzen.

Durch eine Wurf- sendung wurden Rüsselsheimer Bürger und Bürgerinnen auf eine neue Partei hingewiesen.

Einige warfen diese Briefe in den Müll. Viele aber haben sie gelesen. Es kam zwischen vielen MitbürgerInnen zu heftigen Debatten.



Eine Hauswand in Berlin

Auch bei uns, im Gesprächskreis zu Erziehungsfragen haben diese Werbeschriften eine heftige Diskussion ausgelöst. Aus dieser kleinen Wurf-sendung, die bei erster Durchsicht Lösungen für aktuelle Probleme anbietet, stellte sich dann durch unser Gespräch in der Gruppe heraus, daß diese Lösungen sehr gefährlich sind. Diese Partei verspricht mit ihrer Propaganda, vieles für die Deutschen zu tun und verschlei-ert damit die diskriminierenden Auswirkungen für die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik. Das Programm der Partei enthält u.a. folgende Äußerungen, die von den deutschen MitbürgerInnen mit ja oder nein beantwortet werden sollen:

1. EG-Mitgliedschaft der Türkei und Zuzug weiterer Millionen Türken lehne ich ab.
2. Ich bin für Ausländerbegrenzung.
3. Dürfen die deutschen Bauern der EG geopfert werden?"

Am Ende kommt dann der kurze Satz: "Die Wiedervereinigung Deutschlands ist wichtiger als der Ausbau der EG". Weiter bietet diese Partei Aufkleber und Annäher mit "Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" an.

Bei vielen MitbürgerInnen haben diese Sätze genügt, in diese Partei einzutreten, ohne zu überlegen, was das Programm der Partei im einzelnen bedeutet. Denn viele sehen nur dies eine Wort 'Türken' und die Bedrohung, die angeblich von diesen ausgeht.

So fängt es an, und so hat es schon einmal angefangen. Erst kommen die Ausländer dran, die momentan von Ausländerfeinden am meisten gehasst werden. Das sind nach dieser Broschüre zu urteilen die Türken. Dann aber werden es auch andere Ausländer sein, und irgendwann muß auch jeder Deutsche damit rechnen nicht mehr deutsch genug zu sein. Denn man findet immer Gründe, Menschen wegen irgendwelcher Merkmale auszugrenzen.

Wir haben in unserer Gruppe über dieses Thema gesprochen und sind uns darüber klar geworden, daß Probleme wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot nicht durch die Ausweisung von Ausländern gelöst werden. Sondern die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft müssen aufgefordert werden, für ausreichend Arbeitsplätze und genügend Wohnraum zu sorgen.

Für uns bedeutet das, daß wir VertreterInnen von Parteien und andere Menschen auf diese Probleme ansprechen müssen.

Wir sind uns über die Hintergründe von ausländerfeindlichen Parteien im Klaren und sehen die Gefahr, die von ihnen ausgeht. Denn der Ausspruch "Ich bin stolz ein Deutscher zu sein" erinnert uns doch stark an die Parolen der Nazizeit:

"Wir wollen ein Volk von reinrassigen Deutschen, wir wollen den totalen ...".

Wir hoffen, daß auch die BewohnerInnen von anderen Projekten die Gefahren, die von solchen Parteien ausgehen, erkennen und bekämpfen.

Die Frauen vom Gesprächskreis Erziehungsfragen im Stadtteiltreff DICKER BUSCH

ZfF von der LAG zu ZAUG

Jutta findet die "Abteilung Frauenförderung" tschugge. Sie ist erst seit diesem Jahr dabei und hat nicht mitbekommen, wie das ZfF (Zentrum für Frauenkooperativen) in Gießen - vier Jahre lang Kind der LAG - einen neuen Träger bekommen hat. Ende letzten Jahres, kurz vor Toresschluß, hat die LAG das Modellprojekt mit Sack und Pack ZAUG, dem "Zentrum Arbeit und Umwelt Gießen", übergeben. Ebenfalls in die neuen Hände ging das "Tischlein-Deck-Dich". Bedingung für die Übernahme war, daß in den Betrieben nach wie vor ein Platz für Frauen aus Sozialen Brennpunkten sein muß.

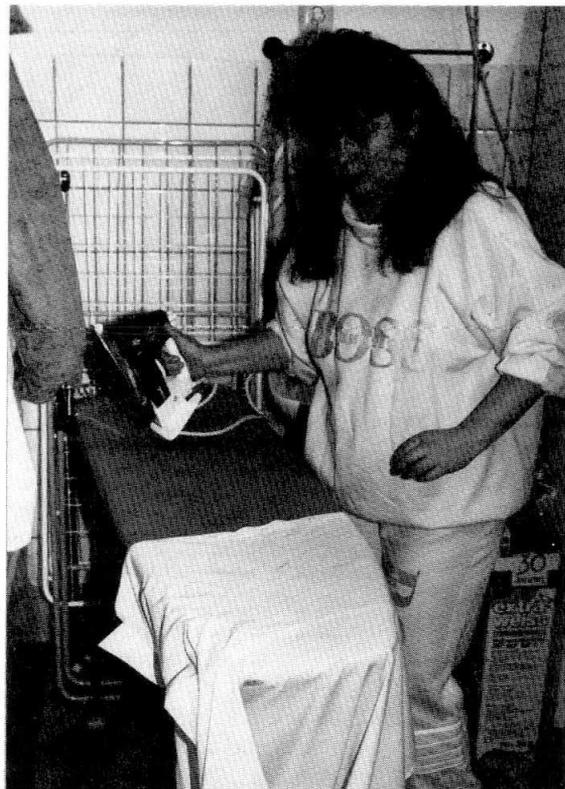
"Ich hab das ZfF schon immer gut gefunden, das ist immer noch so", meint Linda, "die Frauen hier haben doch alle ähnliche Probleme mit Schulden, Kindern und so, das ist hier eben anders als in der Fabrik".

Daß nichts ohne die Frauen im ZAUG geht, hat der neue Träger auch schon mitbekommen. Einstimmig war der Beschluß der Abteilungsversammlung, daß die Frauen nicht einverstanden sind mit der angekündigten Betriebsratswahl. Sie wollen die KandidatInnen erst kennenlernen und fordern deshalb die Durchführung einer Betriebsversammlung. 57 Personen waren dann da, auf der Betriebsversammlung, und es sollen noch viel mehr werden. Da wurde den meisten zum ersten Mal deutlich, daß das alles viel größer ist als bei der LAG. Daß diese Aktion nicht schlecht war, zeigt das Ergebnis der Betriebsratswahl: beide VertreterInnen der Angestellten sind aus der Frauenabteilung, bei der Arbeiterliste (ArbeiterInnen und Auszubildende) ist unsere Kandidatin auf dem Nachrücker-

platz und wird so ab Herbst mit dabei sein. Dann hat ZAUG einen 100% weiblichen Betriebsrat. Damit hatte niemand gerechnet.

Alles in allem wird der Trägerwechsel bisher positiv gesehen. Es gibt uns weiterhin, und die Pläne noch ein bißchen zu erweitern gibt's ebenfalls. Und auch Elke, deren Bauch immer runder wird, sieht zuversichtlich in die Zukunft: "Ich arbeit gern hier, schon immer, wenn ich mein viertes Kind hab, dann komm ich wieder zu euch".

Karin Kirschner



Roswitha Rinderknecht vom ZfF

Vorbemerkung

Mit diesem Heft soll eine Diskussion um Ziele und Aufgaben von Gemeinwesenarbeit (GWA), wie sie sich heute stellen, in Gang gesetzt werden. Dazu gibt es drei ganz unterschiedliche Beiträge. Zuerst kommt ein Aufsatz von Ursula Straumann, wo für die GWA neue Gewichte gesetzt werden. Von BewohnerInnenseite dagegensetzt werden die alten, 1977 von BewohnerInnen aufgestellten Anforderungen an die Tätigkeit von SozialarbeiterInnen. Zum Schluß kommt dann ein Beitrag der SozialarbeiterInnen von der Rodgaustraße in Darmstadt, indem sie gegenüber den BewohnerInnen klarstellen, wie sie ihre Aufgabe sehen (ein Abdruck aus dem Muckerbläddsche). Im Rahmen der Jahrestagung wird das Thema Veränderungen in der GWA und der Aufgaben der SozialarbeiterInnen auch zur Sprache kommen.

Zur GWA gehört, daß die SozialarbeiterInnen und die BewohnerInnen immer wieder überprüfen, was erreicht worden ist. Immer wieder stellt sich die Frage, welche Probleme wurden gelöst und welche stellen sich neu, oder welche nächsten Ziele und Aufgaben für die BewohnerInnen und die Siedlung angepackt werden sollen. In diesem Sinne versucht Ursula Straumann in ihrem Beitrag, den sie im letzten Jahr für die Festschrift der BSF in Marburg geschrieben hatte, neue Antworten zu geben. Ihre Hauptüberlegung lautet: Neben den Bemühungen zur Verbesserung der Siedlung, der Siedlungseinrichtungen und der Versorgung der BewohnerInnen wird es immer wichtiger den Einzelnen bei der Lebensbewältigung und Lebensplanung zu helfen. Denn dies, so stellt sie fest, sei immer schwieriger geworden – auch für die SozialarbeiterInnen. Damit diese diese Aufgabe besser leisten können, sollen ihnen mehr berufsbegleitende Fortbildungsangebote gemacht werden.

Ursula Straumann

Gemeinwesenarbeit: Zwischen Politik und Beruf

Die Möglichkeit, im Rahmen dieser Festschrift einen Beitrag zur Entwicklung von Gemeinwesenarbeit zu schreiben, nehme ich gerne wahr, zumal in Marburg mein beruflicher Werdegang wesentlich mitbestimmt wurde. Meine Erfahrungen mit der Gemeinwesenarbeit (GWA) im Waldtal und der Bürgerinitiative für Soziale Fragen e.V. sind Bestandteil meines theoretischen Fundamentes und der hier entwickelten Gedanken zur GWA im Spannungsverhältnis von Politik und Beruf.

Wenn ursprünglich GWA in der Bundesrepublik Deutschland eher als eine politische Strategie verstanden wurde, so scheint sie heute aufgerufen, soziale Probleme der unterschiedlichsten Art mit qualifizierten professionellen Erkenntnissen anzugehen.

Mit meinem Beitrag – der durch seine fachliche Sprache im Rahmen dieser Festschrift etwas abgehoben sein mag – möchte ich Impulse zu weiterführenden Diskussionen mit der Bürgerinitiative für Soziale Fragen, sozialengagierte BürgerInnen, sowie Fachkräften und Personen aus Verwaltung und Politik geben und auf diese Weise zur weiteren Humanisierung und Demokratisierung von Lebensverhältnissen beitragen.

1977 erstellte ich eine Dokumentation zur Situation der GWA in Marburg. Entsprechend den allgemeinen bundesrepublikanischen Tendenzen in der Arbeit mit obdachlosen BürgerInnen konnte ich Phasen mit unterschiedlich sie prägenden theoretischen und ideologischen Stoßrichtungen feststellen. Sie reichten von einer

- kirchlich und *sozial-integrativ* geprägten Studenteninitiative, dem Caritas-Diakonie-Kreis, der seit 1963/64 mit Kindern- und Hausaufgabenbetreuung in der Obdachlosensiedlung am Am Krekel begann, über den
- sozialpolitischen Arbeitskreis SPAK, der einen Schwerpunkt in der Arbeit auf *politisch-organisierenden* Fragen zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft setzte, zum
- gemeinnützigen Verein, dem Arbeitskreis Notunterkünfte, der sich als Bürgerinitiative verstand und in sozialreformerischen Sinne sich für *die Verbesserung der Lebensbedingungen* der Krekel-Bewohner einsetzte.

Zum ersten Mal wurden 1967 öffentliche Mittel zur Absicherung einer kontinuierlichen Hilfe beantragt, dies war der Beginn einer Arbeit unter professionellen Aspekten.

- Ab 1973 wurden in Marburg die ersten grundlegenden Erfahrungen mit *GWA im Planungszusammenhang* gewonnen. Im Waldtal wurde ein Stadtentwicklungskonzept erstellt und unter der Federführung des damaligen Stadtentwicklungsreferenten eine Arbeitsgruppe gebildet, in der unter Beteiligung der BürgerInnen stadtteilspezifische Planungen oder Probleme erörtert wurden. Durch die Eigeninitiative der aktiven BürgerInnen, die zum Teil aus dem Krekel kamen, wurden am Damaschkeweg neben der Kinderbetreuung auch Angebote für Jugendliche, Erwachsene und alte Menschen gemacht. Eine der heute aktivsten Frauengruppen in sozialen Brennpunkten bildete sich. Nach Vorstellungen von BewohnerInnen und mit der Hilfe eines durch die BewohnerInnen hinzugezogenen Architekten wurde das heute 10 Jahre alte, sehr schöne und vor allem funktionale Sozialzentrum geplant.

Die aktivierende GWA-Initiative – getragen von sozialengagierten BürgerInnen und unterstützt durch Personen aus der Verwaltung und Politik – verhalf in professioneller Weise den sozial benachteiligten BürgerInnen des Unteren Richtsbergs zur *Artikulation und Durchsetzung ihrer Bedürfnisse* und führte zu *einer Demokratisierung und konkreter Verbesserung der Lebensbedingungen*.

Das Marburger Modell der GWA mit aktivierender Funktion auf lokaler, kommunaler Ebene hat allgemein Schule gemacht. Sei es im Rahmen theoretischer Auseinandersetzungen in Fachkreisen oder politischen Gremien, sei es in Fortbildungs- oder Ausbildungsveranstaltungen zur GWA, wird das Modell immer noch diskutiert und analysiert.

In den Landesarbeitsgemeinschaften soziale Brennpunkte wird es in motivierender Weise eingesetzt und in unterschiedlichen hessischen Gemeinden zum Teil umgesetzt.

Zusammenfassend ist für die GWA in Marburg festzustellen, daß entsprechend der bundesweiten Entwicklung, es in einer ersten Phase darum ging, *demokratische Strukturen auf lokaler Ebene durchzusetzen, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialen Brennpunkten beitragen*, während in einer zweiten Phase, durch die Gründung von Landesarbeitsgemeinschaften soziale Brennpunkte, auf einer *überlokalen Ebene auf strukturell bedingte Probleme unterprivilegiert lebender Menschen aufmerksam gemacht werden sollte*. Organisiert in der Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte wurde in Form landesweiter Aktionen gegen *Mißstände materieller Art* protestiert.



GWA für die Siedlung – der Platz im Eulenkopf wird hergerichtet (Foto: Georg Schmidt)

An diesem Punkt möchte ich mich von der konkreten Ebene der GWA in Marburg und der Landesarbeitsgemeinschaft soziale Brennpunkte in Hessen lösen, um in allgemeiner Weise auf Probleme und Perspektiven der Sozialarbeit schlechthin und der GWA im besonderen einzugehen.

Es kann heute festgestellt werden, daß die soziale Arbeit sich in einer Phase allgemeiner theoretischer und praktischer Verunsicherung befindet. Einseitige ideologisch gefärbte Strategiedebatten befinden sich in einer Sackgasse. Die mit gesellschaftlichen Strukturveränderungen einhergehenden Krisensituationen stellen die Fachkräfte unterschiedlichster Professionen vor Probleme, die zu einer Neuorientierung des beruflichen Handelns zwingt.

1. die zunehmende *Arbeitslosigkeit* und der mit ihr einhergehende Verlust von *Identität* und *Lebenssinn* betreffen immer mehr Erwachsene und Jugendliche. Die offen propagierte Zwei-Drittel-Gesellschaft führt zu sozialem Abstieg und zu einer weiteren Deklassierung, die die offiziellen Postulate nach selbstverantwortlicher Existenz und ökonomischer Autonomie in krassen Gegensatz zu den realen Chancen ihrer Verwirklichung stellt. Mit anderen Worten, die zunehmende Verteilungsungerechtigkeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach der Wende hinterläßt ihre Spuren auf dem Gebiet der sozialen Arbeit.
2. Der bis vor kurzem noch funktionierende Hort der Geborgenheit – die *Familie* – unterliegt einem beständigen Erosionsprozeß. Sie ist kaum noch in der Lage, Kinder adäquat zu sozialisieren, sie auf ihre privaten und beruflichen Aufgaben vorzubereiten.
3. Die Tendenz zur *Vereinsamung* geht einher mit der Zerstörung gewachsener Wohn- und Sozialstrukturen, d.h. der Zerstörung von Nachbarschaften. Der Bau von Trabantenstädten und darüber hinaus die Notwendigkeit der erhöhten örtlichen Mobilität von Arbeitskräften führen zur *Isolation*.

4. Die kaum noch zu durchschauenden Strukturen im Bereich der Politik, der Wirtschaft und des Rechtsapparates, die Zunahme kontrollierender Verwaltungsvorschriften, die alles regulierende Bürokratie und die Komplexität staatlicher Finanzierungsmodalitäten sozialer Initiativen oder allgemein sozialer Existenzsicherung machen es BürgernInnen, aber auch Fachkräften immer schwieriger, sich über Ziele von Aktionen oder Ziele von Veränderungsprozessen zu verständigen. Anders formuliert: *Bürokratisierung, Verrechtlichung und Zentralisierung von Macht* schlagen in spezifischer Form auf die sozialen Berufsfelder durch.
5. Abschließend sind hier noch Probleme ganz anderer Art aufzuführen, die verstärkt in dem vergangenen Jahrzehnt hinzugetreten sind. Systemübergreifend, d.h. unabhängig von kapitalistischer oder sozialistischer Gesellschaftsform, haben sich die *Umweltrisiken*, die Bedrohung des Friedens durch die *atomare Aufrüstung* und die *Ängste vor neu entstandenen Krankheiten* wie Aids, sowie der möglichen Auswirkungen der *Genmanipulation*, um nur einiges zu nennen, verstärkt. Sie sind Ursachen universell für *Lebens- und Zukunftsängste*.

Die hier nur skizzenhaft aufgeführten durch den gesellschaftlichen Strukturwandel bedingten Probleme haben weitreichende Konsequenzen. Neben der zunehmenden Tendenz von Kriminalität, Aggressivität und Selbstzerstörung von Menschen sowie psychosomatischen Erkrankungen und Suchtproblemen rücken Fragen nach Lebenssinn und Identität, Isolation und Vereinsamung sowie Zukunftsängste und psychische Überforderungszustände unterschiedlichster Art immer mehr ins Zentrum sozialer Arbeit schlechthin und der GWA im besonderen. Das Gefühl, keine Funktion in der Gesellschaft und Gemeinschaft zu besitzen und somit nicht mehr gebracht zu werden, beeinträchtigt immer mehr die Motivation des einzelnen und von Gruppen, sich in gesellschaftliche Prozesse des öffentlichen Lebens einzubringen und persönliche oder kollektive Interessen durchzusetzen. Apathie, Resignation und Ohnmachtsgefühle machen sich breit.

Da die *Bewältigung psychischer Probleme* sowie die *Herstellung von Sinn und Motivation zu Veränderungsprozessen, nicht administrativ anzugehen sind*, kommen derartige schwerwiegende Probleme auf die GWA zu, die entweder diesen Bereich sozialarbeiterischer Tätigkeit prinzipiell in Frage stellen, oder aber von den Fachkräften differenzierte und reflektierte Analysen und Arbeitsansätze verlangt.

Es kommt ein weiteres hinzu: *die Person des/der GemeinwesenarbeitersIn selbst*. Die eigene Verwicklung in die Komplexität der angedeuteten sich laufend verändernden gesellschaftlichen Strukturen macht es immer schwerer, sich in beruflichen Bezügen definieren zu können, d.h. die Funktion, die Grenzen und die Möglichkeiten der Arbeit in *kritischer Distanz* zu bestimmen. *Die eigene Betroffenheit von bestimmten Problemen* sowie die *ganz subjektive Wahrnehmung oder das persönliche Erleben bestimmter Situationen und den höchst persönlichen Verarbeitungsmustern von SozialarbeiterInnen* ergeben eine neue bisher zu wenig beachtete Dimension beruflichen Handelns. Hin- und hergerissen zwischen eigener Verunsicherung, Ohnmacht oder Resignation einerseits und dem Wille helfend und verändernd wirksam zu sein andererseits, geraten SozialarbeiterInnen an Grenzen ihres psychischen Standvermögens. *Erschöpfungszustände* sowie *Motivations- und Sinnverlust in der Arbeit* werden erkennbar. Mangelnde sichtbare Erfolge und mangelnde Anerkennung durch die Arbeitgeber zwingen ihn/sie immer mehr zu Handlungen mit nachweisbaren und augenscheinlich wahrnehmbaren Handlungserfolgen. Unter dem Verlust der re-

flexiven Kompetenzen kann sich ein Aktionismus oder Funktionalismus in der Arbeit breitmachen, deren Wirksamkeit erst einmal zu hinterfragen wäre. In einem ordnenden und instrumentalisierenden Sinne beginnen GemeinwesenarbeiterInnen ihre Kompetenzen als ExpertenInnen und ihre Versorgungs- und Verwaltungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. *Sie beginnen für die Menschen, mit denen sie es zu tun haben, zu agieren oder gar für sie zu funktionieren. Auf diese Weise entsteht die Gefahr von Entmündigungsprozessen und des Abbaus von Prinzipien der Selbstbestimmung, Selbstverantwortlichkeit und Selbstverwirklichung.*

Ohne hier noch weitere Beispiele für psychologisch erklärbare Phänomene in der Gemeinwesenarbeitspraxis beschreiben zu wollen, möchte ich einen möglichen Weg aufzeigen, der aus den Schwierigkeiten hinausführen kann. Einen ersten Ansatzpunkt sehe ich in der *Bewußtmachung und Bewußtwerdung einer subjektiven Seite von GWA. Zur Vermeidung einseitig gefärbter politisch-ökonomischer oder psychologisch-individualisierender Strategiedebatten bzw. Standpunktdiskussionen möchte ich dazu beitragen, einen Reflexionsprozeß zu initiieren, der der prozessualen Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen strukturell bedingten Einflüssen einerseits und subjektiven Verarbeitungs- oder Bearbeitungsformen andererseits Rechnung trägt.* Mit dem politischen Bewußtsein, gerichtet auf Demokratisierung und Humanisierung unserer Gesellschaft, wird es darum gehen, *neben Angeboten zur Verbesserung der materiellen und rechtlichen Grundsicherung von Menschen, die psychischen Strukturen und individuellen Ressourcen der Einzelnen* mehr zu berücksichtigen. So könnte beispielsweise arbeitslosen und orientierungslosen Bewohnern eines Stadtteils dadurch geholfen werden, daß in *personenzentrierter Weise* ihre vorhandenen und nicht genutzten Fähigkeiten umfassender und konsequenter als bislang zur *Selbstentwicklung, Selbsthilfe und Selbstorganisation aufgedeckt, mobilisiert und genutzt werden.* Dabei wird es darauf ankommen, die Ziele der GWA nicht *einseitig auf die Wiedereingliederung in den Arbeits- und Produktionsprozeß* zu richten, *sondern auch nach sinnstiftenden und identitätsbildenden neuen Werten in ihrem Leben zu suchen: schöpferische Kräfte sollen aufgedeckt und neue Wege zur Selbstverwirklichung gesucht werden.*

Ein Konzept für die GWA in einem bestimmten Stadtteil müßte sich in prozessualer Weise an allen die Arbeit bestimmenden Faktoren orientieren. Unter Einbeziehung

- gesellschaftlicher, d.h. politischer, ökonomischer und rechtlicher Gegebenheiten,
- institutioneller und finanzieller Rahmenbedingungen,
- der spezifischen Lebenswelt der Bewohner in einem Stadtteil mit ihren ganz individuellen Ressourcen zur Selbsthilfe und Selbstorganisation sowie
- der fachlichen und höchst persönlichen sowie psychischen Kompetenzen der GemeinwesenarbeiterInnen selbst

müssen *kurz- und mittelfristig Ziele* für die Arbeit bestimmt werden.

Zur Verwirklichung dieses *prozeßorientierten Reflexionsansatzes* in der GWA wird eine kontinuierliche Praxisreflexion/Supervision und Weiterbildung unumgänglich.

Im Sinne eines „Life-long-learning-systems“ – wie es in technischen Bereichen unhinterfragt und selbstverständlich gilt – müssen die Träger sozialer Arbeit finanzielle Mittel zur *berufsbegleitenden kontinuierlichen Fortbildung*

ihrer Fachkräfte zur Verfügung stellen. Die Fortbildung muß sich auf folgende Gebiete konzentrieren:

1. auf die Vermittlung des aktuellen Standes fachspezifischen Wissens bezogen auf die existenzielle, materielle und rechtliche Grundsicherung von Menschen: Stärkung und Ausbau ihres Expertenwissens und der Fähigkeit der Informationsvermittlung;
2. auf die Vermittlung von Fähigkeiten zur Wahrnehmung und consequenten Förderung von Selbsthilfepotentialen und vorhandenen Ressourcen einer Person sowie zur Förderung von Selbstkonzepten und sinngebenden Lebensinhalten im Sinne des personenzentrierten Konzeptes von C. Rogers;
3. auf die selbstreflektorischen und persönlichen psychologischen Kompetenzen des/der GemeinwesenarbeitersIn selbst, der/die befähigt werden muß, eigene psychische Probleme und Bewältigungsmuster zu erkennen und mit in Erkenntnisprozesse einzubeziehen.

Diese Forderung nach Weiterbildung und Praxisreflexion/-Supervision in der GWA darf nicht den politischen Bezugsrahmen außer acht lassen. Die ständige Aktualisierung des fachlichen Wissens, der Fähigkeiten zum personenzentrierten Arbeiten sowie der selbst- und praxisreflektorischen Kompetenzen – also die Stärkung der Professionalität – sollte dazu dienen, Entmündigungsprozessen entgegenzuwirken und neue Werte in einer sich laufend verändernden Gesellschaft entwickeln zu helfen.

Diese Forderungen, die sowohl erhöhte Qualifikation bei den GemeinwesenarbeiterInnen voraussetzt, als auch zur Selbstentwicklung, Selbstverwirklichung und Mündigkeit bei den Betroffenen beitragen will, erscheint paradox und kaum lösbar. Sie ergibt sich aber zwangsläufig aus dem Spannungsfeld der GWA zwischen Politik und Beruf: Und dies gilt es heute zu akzeptieren und auszuhalten.



GWA - Lebenshilfe für den Einzelnen?

Foto: Wolf Haug/ Antrazi

Wofür sind wir da - wofür werden wir bezahlt und wofür nicht?



In Gesprächen stellen wir immer wieder fest, daß einigen Leuten immer noch unklar ist, wofür wir da sind und wofür nicht. Hier der Versuch einer Klarstellung:

Wir sind dafür da, mit Mietern, die sich über den schlechten baulichen Zustand ihres Wohnblocks beschweren zu überlegen, was sie tun können, damit es besser wird. Wir informieren dabei, an wen die Leute sich wenden müssen, wer Einfluß hat auf die Bewilligung von Geld für Sanierung usw. Wir gehen auch zu Gesprächen mit und unterstützen die Mieterinnen und Mieter, aber

Wir sind nicht dafür da, uns ohne die Mieterinnen und Mieter bei der Stadt für Verbesserungen einzusetzen. Es heißt dann nämlich ganz schnell: Die Leute sind ja ganz zufrieden, nur die Sozialarbeiter/innen machen wieder Unruhe.

Wir sind dafür da, Gemeinschaftsaktionen zu unterstützen, z.B. auch die Durchführung eines Festes. Wir informieren, welche Genehmigung wo geholt werden muß, stellen unsere Möglichkeiten im Büro für Einladungen, schriftliche Anträge usw. zur Verfügung, helfen mit dem Bus bei notwendigen Transporten.

Selbstverständlich stehen wir auch mal wie andere am Grill oder übernehmen sonst einen Dienst, aber ...

Wir sind nicht dafür da, für das Wohngebiet Feste zu organisieren, "weil wir ja dafür bezahlt werden". Wir sind keine Unterhaltungs- und Freizeitkünstler für Bewohnerinnen und Bewohner. Wir machen gerne Feste mit Bewohnerinnen und Bewohnern, aber nicht für sie!

Wir sind dafür da, Einzelne und Familien über ihre Rechte - und manchmal auch Pflichten - gegenüber Ämtern und anderen Institutionen zu informieren. Ziel ist dabei, daß sie ihre Angelegenheiten selbst regeln können. Dazu machen wir Mut und unterstützen oft eine ganze Zeit lang. Viele Menschen können nämlich vielmehr als sie sich zutrauen. Deshalb ...

Wir sind nicht dafür da, für die Leute alles zu regeln, ihnen alles abzunehmen. Das würde zu den vielen Abhängigkeiten, die sowieso schon gegeben sind, weitere Abhängigkeit bedeuten. Das wäre gerade das Gegenteil von dem, was wir wollen.

Wir sind dafür da, beim Ausfüllen von Formularen, beim Formulieren von Briefen und anderen schriftlichen Sachen zu helfen, zu unterstützen -

Wir sind aber nicht dafür da, das für die Leute zu machen.

AG GWA, Rodgaustraße in Darmstadt
entnommen aus dem Muckerblädsche

So soll ein(e) SozialarbeiterIn sein!

Elf Jahre ist es her, seit sich 1977 BewohnerInnen auf dem Dörnberg zusammengesetzt und überlegt hatten, wie ihrer Meinung nach ein(e) SozialarbeiterIn zu arbeiten habe.

Viele Punkte sind sicher auch heute noch aktuell. Sie ergänzen die Vorstellungen von Ursula Straumann aus der Sicht der BewohnerInnen und könnten eine gute Diskussionsgrundlage für die Frage sein: Was wollen die BewohnerInnen 1989 von den SozialarbeiterInnen?

(Die folgenden Forderungen sind etwas gekürzt und umgestellt worden).

1. Am Wichtigsten: Der/die SozialarbeiterIn muß voll auf der Seite der BewohnerInnen stehen, die müssen den SozialarbeiterInnen voll vertrauen können!

- Die BewohnerInnen sollen den SozialarbeiterInnen alles erzählen können (über familiäre, berufliche oder sonstige Probleme und Konflikte), ohne daß es gleich die 'Runde' macht.
- Andere SiedlungsbewohnerInnen dürfen über vertrauliche Gespräche nicht informiert werden - und schon gar nicht Behörden und Ämter.

- Der/die SozialarbeiterIn sollte vom Anstellungsträger möglichst unabhängig sein.
- Der/die SozialarbeiterIn darf keine Gesetze wie z.B. Heimeinweisung gegen den Willen der BewohnerInnen anwenden.
- Er/sie darf von sich aus keine Akten über die BewohnerInnen anlegen. Sofern Akten notwendig sind, darf er diese nur gemeinsam und im Einvernehmen mit den BewohnerInnen anfertigen.



Ursula Straumann 1977 beim Ordnen der Vorstellungen der BewohnerInnen

THEMA GEMEINWESENARBEIT

- Der/die SozialarbeiterIn darf nicht hinter dem Rücken der BewohnerInnen mit Ämtern, Parteien, Politikern usw. verhandeln und rumtaktieren. Wenn taktiert wird, dann müssen die Schritte den BewohnerInnen bekannt gegeben werden und diese zu den entscheidenden Sitzungen, die die Siedlung betreffen hinzugezogen werden.
- Der/die SozialarbeiterIn darf nicht hinter dem Rücken der BewohnerInnen gegen andere BewohnerInnen Stellung beziehen und sie gegenseitig ausspielen. Wenn sie/er von Konflikten weiß, müssen die BewohnerInnen dazu gebracht werden, diese offen auf den Tisch zu legen und auszutragen.

2. Ein(e) SozialarbeiterIn muß Bescheid wissen - denn "ein Sozialarbeiter, der einem Bewohner nicht erklären kann, wie man was machen kann, soll zu hause bleiben".

Der/die SozialarbeiterIn muß wissen,

- wie man zu Geld kommt,
- wie man Forderungen am besten durchsetzt (Verwaltungskanäle, Parlamentsausschüsse, Entscheidungswege) und wo es Bündnispartner gibt. Er soll die BewohnerInnen auch auf die mögliche lange Dauer hinweisen, die zur Durchsetzung der Forderungen notwendig ist, damit sie wissen, daß nichts von einem Tag zum anderen durchsetzbar ist und sie nicht enttäuscht werden und resignieren,
- wie die Gesetze aussehen (JWG, BSHG, Mietrecht, Arbeitsrecht usw.) und die für die BewohnerInnen wichtigen Gesetze diesen beibringen,
- wie er/sie bei der Arbeits- oder Lehrstellenvermittlung, bei der Wohnungssuche oder bei Anträgen volle Hilfeleistung geben kann.

Der/die BewohnerIn soll nicht kuschen sondern lernen, selbstsicher, sachlich und gezielt auf seinem Recht zu bestehen. Deshalb muß der /die SozialarbeiterIn

- den BewohnerInnen vermitteln, wie man sich

Amtspersonen gegenüber verhalten soll, ihnen Mut machen, Ämter aufzusuchen und ihnen 'Stehvermögen' beibringen,

- die BewohnerInnen über Stellung und Probleme der SachbearbeiterInnen auf dem Amt aufklären und verhindern, daß die BewohnerInnen ihre ganze Wut und ihren Dampf auf dem Amt ablassen denn "dicke Arme auf dem Amt demonstrieren ist Scheiße, wir sind abhängig und brauchen Hilfe",
- bei schwierigen Problemen mit Behörden und Politikern immer mitgehen, weil er besser 'quatschen' kann, schnelleren Durchblick hat, nicht so schnell übers Ohr gehauen werden kann und vor allem auf Grund seiner Berufsausbildung geachtet wird.

Weiter muß der/die SozialarbeiterIn über Alkoholismus, Drogen, Kriminalität, Familienplanung, Sexualität, Haushaltsführung usw. aufklären. Der /die SozialarbeiterIn soll

- vor allem vorbeugender Berater sein. Das heißt nicht, daß er alles selber durchführen muß, sondern er soll in der Lage sein Fachleute heranzuziehen und als Vermittler tätig zu sein,
- bei Familienkonflikten eingreifen, aber nur, wenn er dazu gebeten wird. Er soll dabei eine neutrale Position (Friedensrichter) einnehmen. Er soll auch Streitigkeiten zwischen den Familien schlichten. Alle Konflikte in der Siedlung sollten 'intern' bleiben und auch 'intern' geregelt werden.

3. Der/die SozialarbeiterIn soll ein Kämpfer sein. Das heißt er darf sich nirgends abwimmeln lassen und die BewohnerInnen nicht beschwichtigen, wenn sie versuchen Forderungen durchzusetzen. Er/sie soll mit den BewohnerInnen so lange um Forderungen kämpfen bis es nicht mehr weitergeht, d.h. bis alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Arbeitsgruppe der BewohnerInnen
Dörnberg-Tagung 1977

Bundesweites Treffen der Sozialhilfegruppen in Diemerstein

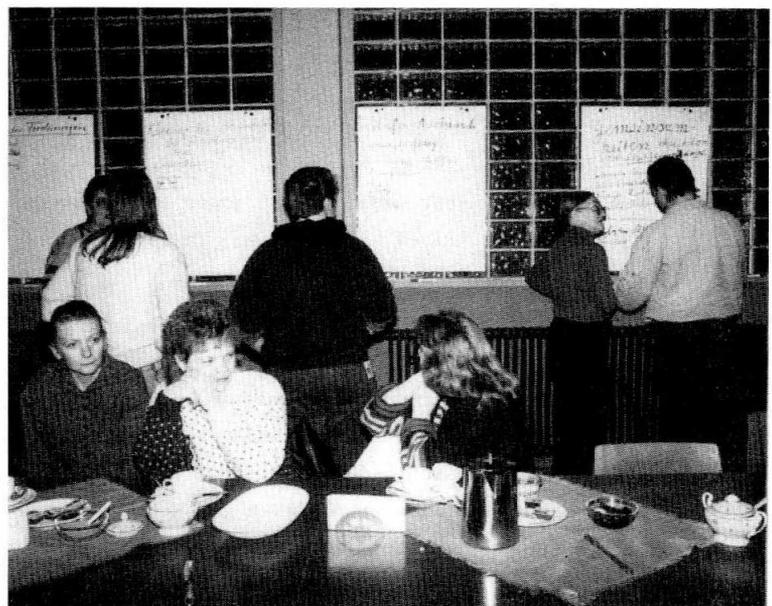
Mit 80 TeilnehmerInnen war das Evang. Erholungsheim Diemerstein bis auf das letzte Bett ausgebucht, als sich am letzten Januarwochenende dort die Sozialhilfegruppen zu ihrem ersten bundesweiten Treffen in diesem Jahr zusammenfanden. Die Zahl der Anmeldungen lag im Vorfeld der Tagung sogar deutlich über 100, und nur durch die Verringerung der Teilnehmerzahl bei einigen Gruppen war es überhaupt möglich, daß keiner der angemeldeten 34 Sozialhilfeinitiativen aus Platzgründen abgesagt werden mußte. Wie immer stark vertreten waren die Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus Braunschweig, Wolfsburg, Lübeck und sogar aus Oldenburg kamen SozialhilfeempfängerInnen angereist. Die hessische Teilnehmergruppe bestand aus 12 Personen.

Das Eröffnungsplenum am Freitagabend stand ganz im Zeichen der Vorstellung der anwesenden Initiativen und der Klärung der notwendigen organisatorischen Dinge.

Die sich daran anschließende Kurzauswertung zu den Erfahrungen der Sozialhilfeinitiativen mit der Aktionswoche gegen die Bedürftigkeitsprüfung brachte zu Tage, daß diese weitgehend an den Gruppen vorbeiging und auch von Seiten der Arbeitsloseninitiativen wenig auf die Sozialhilfegruppen zugegangen wurde. Die Forderungen der SozialhilfeempfängerInnen spielten bei den Veranstaltungen und Infoständen kaum eine Rolle.

Am Samstag ging es dann richtig los. In insgesamt acht Arbeitsgruppen wurde den ganzen Tag über zu unterschiedlichen Themen gearbeitet. Die Ergebnisse wurden im gemeinsamen Abschlußplenum am Sonntagmorgen zusammengetragen.

In der AG Wohnungspolitik herrschte Einigkeit darüber, daß die SozialhilfeempfängerInnen die Kosten einer verfehlten Wohnungspolitik nicht auf ihren Schultern auszubaden haben. Die Forderung lautet daher nach wie vor: Volle Übernahme der Miet- und Mietnebenkosten durch das Sozialamt. Auch SozialhilfeempfängerInnen haben das Recht auf eine Wohnung, die von ihrer Ausstattung und Größe her dem normalen Wohnraum entspricht. Fehlender Wohnraum, Wuchermieten, Vermieterschikanen sind durch staatliche Maßnahmen und Gesetze zu bekämpfen. Ein - wenn auch kleiner - Schritt in die richtige Richtung ist z.B. die Übernahme der Beiträge zum Mieterschutzverein in Wiesbaden durch das dortige Sozialamt im Rahmen der "einmaligen Beihilfe".



Hier wird gearbeitet

In ihrer Nähe bzw. Ferne zu den Gewerkschaften unterscheiden sich Erwerbsloseninitiativen merklich von den Sozialhilfegruppen. Dies war ein Ergebnis der AG Zusammenarbeit von Arbeitsloseninitiativen und Sozialhilfegruppen. Die Gemeinsamkeiten sind allerdings so vielfältig, daß die Probleme zu gemeinsamen Aktionen zu kommen (siehe Aktionswoche gegen die Bedürftigkeitsprüfung), eigentlich gar nicht erst entstehen dürften. Auf dem bundesweiten Treffen der Sozialhilfegruppen im August dieses Jahres in Rendsburg sollen die Forderungen der Erwerbsloseninitiativen und der Sozialhilfegruppen gegenübergestellt und miteinander verglichen werden.

Die AG Informationsfluß und Informationsaustausch regte an, den von zwei Dortmunder Sozialhilfegruppen herausgegebenen "Info-Schnüffel" zu einer Art bundesweiter Informationsbroschüre, die allen Sozialhilfeinitiativen regelmäßig zugeschickt wird, auszubauen. Vom Plenum wurde dieser Vorschlag mit Nachdruck unterstützt, und jetzt liegt es nur noch an den beiden Dortmunder Gruppen, ob sie diese Aufgabe auch übernehmen wollen bzw. können.

"So ganz ohne SozialarbeiterInnen geht es doch nicht", meinte die AG Aufbau neuer Gruppen und Rolle von Profis in den Gruppen und stieß damit im Plenum auf keinen nennenswerten Widerspruch. Besonders große Schwierigkeiten bereitet wohl der Aufbau von Sozialhilfegruppen im ländlichen Raum abseits der großen Ballungszentren. Aber egal wo, auf jeden Fall braucht Mann/Frau einen "langen Atem" und eine gehörige Portion Durchhaltevermögen.

Die TeilnehmerInnen der AG Überlebensstrategien tauschten untereinander Tips und Tricks im Umgang mit dem Sozialamt aus und diskutierten darüberhinaus noch über Strategien, wie Mann/Frau sich gegen besonders "beliebte" SachbearbeiterInnen erfolgreich zur Wehr setzen kann. In Bielefeld z.B. wurden die SozialhilfeempfängerInnen aufgefordert, dem Sozialamt

jede, auch kurzzeitige Abwesenheit von der Wohnung unverzüglich mitzuteilen. Daraufhin hängelte es bei den SachbearbeiterInnen jede Menge Rückmeldungen zur Abwesenheit wegen Einkauf, Ämtererledigungen, Spaziergängen usw. Die Verordnung wurde von Amtsseite her sehr schnell wieder zurückgenommen.

In der AG Bundesweite Zusammenarbeit wurde das in Gelnhausen gefundene Organisationsmodell zur bundesweiten Zusammenarbeit der Sozialhilfeinitiativen - und der Rolle, die die LAG darin einnimmt - für gut befunden. Darüberhinaus haben sich drei TeilnehmerInnen zusammengefunden, die sich nähere Gedanken zu einer Satzung für einen bundesweiten Zusammenschluß der Sozialhilfegruppen machen wollen. Weiteren Diskussionsstoff lieferte das Urteil vom Verwaltungsgericht Bremen zur verspäteten Sozialhilfeeinerhöhung 1987. Dort wurde in erster Instanz einer klagenden Sozialhilfeempfängerin Recht gegeben, daß ihre Sozialhilfe zum 1. Juli hätte erhöht werden müssen und nicht erst zum 1. September. Gegen die vom Gericht erwirkte Nachzahlung der Sozialhilfe für drei Monate hatte die Stadt Bremen allerdings sofort Berufung eingelegt, sodaß das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

Ergebnis der AG Kürzung der Sozialhilfe für AsylbewerberInnen war die Vorlage einer Presseerklärung, in der das Vorhaben von Baden-Württemberg, den Regelsatz für AsylbewerberInnen um 20% zu kürzen und somit ein Zweiklassen-Sozialhilferecht zu schaffen, strikt abgelehnt wurde. Mit einigen kleinen Änderungen wurde die Presseerklärung im Abschlußplenum nahezu einstimmig verabschiedet. In der Zwischenzeit ist Baden-Württemberg mit der Gesetzesinitiative im Bundesrat gescheitert.

Mit dem Mittagessen ging das Treffen dann am Sonntag zu Ende, und die Initiativen machten sich mit einem "Tschüß bis zum ersten Augustwochenende in Rendsburg" auf den teilweise doch recht langen Heimweg.

Lothar Stock

öffentlichkeitsarbeit aber wie?

Am 27.9.1988 diskutierten die LAG-Mitarbeiter mit Uwe Günzler vom Hessischen Rundfunk über die Frage, wie die LAG am besten ihre Anliegen in den öffentlichen Medien, also Zeitungen und Rundfunk und Fernsehen zur Geltung bringen kann. Ich habe im folgenden ein paar Gedanken aus diesem Gespräch zusammengefaßt, weil Öffentlichkeitsarbeit nicht nur im Projektalltag wichtig ist sondern auch in der Zusammenarbeit von Mitgliedsprojekten und LAG. Dies sollte auch eine Anregung sein Öffentlichkeitsarbeit einmal breiter in der LAG über Öffentlichkeitsarbeit zu sprechen.

Die LAG braucht ein eigenes Profil!

Durch die Öffentlichkeitsarbeit soll das Profil eines Projekts oder bei uns der LAG verdeutlicht werden. D.h. die LAG muß ihr eigenes Gesicht herausarbeiten und zeigen, worin ihr Fachwissen und ihre Bedeutung besteht. Dazu reicht es nicht, wenn immer wieder von neuem erklärt wird, wer die LAG ist. Sie sollte vielmehr ihren eigenen Charakter dadurch hervorheben, daß sie zu den sozialpolitischen und wohnungspolitischen Fragen Stellung nimmt, die gerade im Gespräch sind und mit dem Leben der BrennpunktbewohnerInnen zu tun haben.

Eine Öffentlichkeitsarbeit, die nur einmal im Jahr auf Mittelkürzungen antwortet, reicht nicht aus. Die LAG sollte vielmehr auf ihrem Gebiet ständig zur Stelle sein und jeden Aufhänger benutzen, um Informationen in die Medien zu bringen. Die Medien interessieren sich nicht nur für Skandale sondern auch für Veränderungen und Entwicklungsprozesse. So könnte man, meinte Günzler, zum Beispiel auch im Rahmen einer Haushaltsdiskussion Forderungen und Pläne der LAG ins Gespräch bringen (aufgrund unserer Erfahrungen müßte erstens ... zweitens ... drittens ... gemacht werden).

Soziale Brennpunkte: Druck auf Land

Wohnen in Rüsselsheim mehr Mittel gefordert – Sozialhilfeproteste
 die weitere Be- ... tember in Kraft getretene Erhöhung
 um 2 Prozent bedeutet auf das ge-
 rechnet nämlich le-

Wie sich Kreise vor Obdachlosen drücken

Bürgermeister fühlen sich oft allein gelassen / „Wohnen im Container menschenun-

... acht in ... sorgt, die den Minimalforderungen des ... entspricht ... sind es zehn. Die meisten wu-
 Eigenbedarf der Vermieter gek-
 roberer von Gle-
 Marburg-Biedenko
 für den Notfall nei-
 renovieren, weil
 gemessen hält, Obd-
 oder ... bringen. In

Auf dem Weg zur festen Arbeit Projekte im Mühlthal vorbildlich

Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte zeigte die St...

„Das Mühlthal war in Hessen schon immer ein Vorreiter, früh-
 tiven Sinn“. Diese Einschätzung von Karl Protze-
 zweier Projekte in der Siedlung, erklärt ...
 en Tagung“ der Landesarbeits-
 urde. Vertreter der ...

Die LAG muß ihre Öffentlichkeitsarbeit auch mit den Projekten abstimmen

Presseberichte werden dann lebendig und interessant, wenn das Thema an Beispielen aus der Projektarbeit oder an Einzelfällen erklärt wird. Dieses "Fleisch" der Öffentlichkeitsarbeit kommt aus dem Alltag der Projekte. Da die Projekte in der Regel nur mit der örtlichen Presse zusammenarbeiten, um auf der kommunalen oder Kreisebene Einfluß zu nehmen, hat diese Pressearbeit wenig landespolitische Auswirkungen. Hier sollte die Vermittlung der LAG einsetzen. Sie hat einmal den Zusammenhang vom Einzelfall zur übergreifenden landespolitischen Frage herzustellen und dann die Verbindung zur landesweiten Presse und zu Funk und Fernsehen zu schaffen, damit ein Thema auch in Wiesbaden ankommt. Das heißt, so wie die LAG von ihren Mitgliedern lebt und für diese da ist, so wird sie in der Pressearbeit - bei Themen, die landesweite Bedeutung haben - von den Projekten "gefüttert" und bemüht sich diese Themen für die Projekte in die landesweite öffentliche Diskussion zu bringen.

Ein solches Zusammenspiel von Aktionen auf der Projektebene und deren Verbreitung und Einordnung auf Landesebene durch die LAG verlangt eine gute Zusammenarbeit von beiden Seiten.

Ohne persönliche Kontakte läuft nichts!

Für eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit brauchen wir Partner in den Redaktionen von Zeitungen und Fernsehen, zu denen wir das Vertrauen haben, daß sie unsere Anliegen angemessen wiedergeben. Diese Kontakte sollen gepflegt werden, meinte Günzler, so solle man sich immer wieder in Erinnerung rufen und ihnen Informationen geben. Weiter sehen es die meisten Journalisten auch gerne, wenn sie eine Rückmeldung zu ihren Arbeiten erhalten. Eine Kontrolle des Artikels/Sendung vor Erscheinen ist jedoch in der Regel unmöglich und steht auch in Gegensatz zum Anspruch der Journalisten unabhängig zu arbeiten.

Wie mache ich eine Pressemitteilung oder -erklärung?

Eine Presseerklärung sollte nicht länger als **eine Seite** sein. Sie sollte sich beschränken auf die notwendigen Fakten und Forderungen, sie sollte keine langen Selbstdarstellungen enthalten.

Das Wichtigste muß am Anfang stehen, denn die Journalisten fangen meist vom letzten Absatz an zusammenzustreichen.

Die **Sprache** soll genau sein, sie soll keine Fachausdrücke wie Gemeinwesenarbeit enthalten, es soll beschrieben werden, was getan wird. Die Sprache soll so vereinfacht werden, daß jede(r) Oma/Opa es versteht. Die Medien schätzen eine mehr harte und etwas aggressive Sprache.

Presseerklärungen/Pressemitteilungen sollen breit gestreut werden. Bekannte Journalisten kann man dann noch zusätzlich anrufen und ihnen noch weitere Informationen anbieten.

Presseerklärungen sollte man einen Tag vorher verschicken.

Funk und Fernsehen sind an Meldungen interessiert, wenn sie diese **vor** den Zeitungen veröffentlichen können.

Samstag und Sonntag sind für Funk und Fernsehen tote Tage, weil es da keine Nachrichtensendungen gibt und am Montag dann die Meldungen nicht mehr aktuell sind.

Einladungen zu Pressegesprächen sollten etwa eine Woche vorher rausgehen. Anschließend empfiehlt es sich bei bekannten Journalisten telefonisch nachzufragen (es geht um ...). Günstig ist es für ein Pressegespräch einen **Waschzettel** mit den wichtigsten Informationen zusammenzustellen.

Und wenn ein JournalistIn sagt: "Ich bin leider verhindert, ich wünsch Euch aber viel Erfolg", dann könne dies darauf hindeuten, daß wir etwas falsch gemacht hätten, meint Uwe Günzler ...
chr.

SPIEL- UND LERNSTUBEN

Hessenweites Treffen der Spiel- und Lernstuben am 10. März 1989 in Frankfurt

Entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung vom vergangenen Herbst hat der Vorstand der LAG die Spiel- und Lernstuben nach Frankfurt eingeladen, um zu berichten, wie er sich die zukünftige Vertretung der Spiel- und Lernstuben (SpLSt) in der LAG vorstellt.

Schon an der großen TeilnehmerInnen-Zahl konnte man das große Interesse der SpLStn an der LAG sehen: 17 Einrichtungen schickten ihre VertreterInnen.

Zu Beginn berichtete Hartmut Fritz, Vorstandsvorsitzender der LAG über den 'geschichtlichen Hintergrund'. Als Stichworte erinnerte er daran, daß die Sozialarbeit in den Sozialen Brennpunkten in den SpLStn ihren Anfang nahm und diese sich dann mit der Ausweitung der Projekte immer mehr verselbständigten. "Was läuft, nimmt man nicht mehr so wahr", meinte Hartmut Fritz, aber jetzt wäre es an der Zeit für eine erneute Standortbestimmung der SpLStn im Rahmen der Siedlungsarbeit.

Klaus Heil verdeutlichte dann für die SpLStn, warum diese eine stärkere Organisation innerhalb der LAG fordern. Die SpLStn brauchen eine politische Interessenvertretung, die in der Lage ist, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit und in der Landespolitik zu vertreten. Als Teil der Sozialarbeit in den Sozialen Brennpunkten können die SpLStn sinnvollerweise nur von der LAG vertreten werden. Das zweite Interesse ist die inhaltliche Diskussion über den Stand der Arbeit in den SpLStn und deren Zukunft. Auch eine solche Diskussion hat nur Sinn, wenn sie im Zusammenhang der Entwicklung der Siedlungen und der Sozialarbeit in den Siedlungen geführt wird.

Barbara Böcher vom Landesjugendamt zeigte am organisatorischen Aufbau des Landesjugendamtes und dessen vielfältigen Aufgaben, welche kleine Rolle dabei die SpLStn spielen. Sie erklärte, daß die SpLStn dabei immer in Konkurrenz zu anderen Aufgaben stehen. So werde z.B. immer mal wieder die Frage gestellt, ob diese Einrichtungen denn noch nötig seien. Damit belegte sie von ihrer Seite her, wie wichtig eine politische Interessenvertretung der SpLStn durch die LAG ist. Sie drückte ihr Interesse an einer klar strukturierten Zusammenarbeit aus und erhofft sich daraus, noch besser die Fortbildungsinteressen der SpLStn aufnehmen zu können.

Hartmut Fritz erläuterte dann die Vorschläge des Vorstandes zur Interessenvertretung der SpLStn in der LAG.

Wie in den anderen Arbeitsbereichen der LAG soll eine Arbeitsgruppe der Spiel- und Lernstuben (AG) eingerichtet werden. Eine solche AG hat die Aufgabe die Meinungsbildung zu organisieren und die Positionen der SpLStn in der Gesamt-LAG einzubringen.

Als AG soll sie offen für alle Interessierten aus SpLStn und LAG sein.

Von der Geschäftsstelle aus soll das Referat SpLStn die AG organisatorisch betreuen und inhaltliche Vorarbeiten leisten. Hartmut Fritz stellte klar, daß es zur Zeit unrealistisch und auch unklug wäre, eine ganze Stelle dafür zu fordern. Er sagte jedoch zu, daß im Rahmen einer anstehenden Umverteilung der Aufgaben innerhalb der Geschäftsstelle bis zur Mitgliederversammlung abgeklärt werden soll, welche(r) ReferentIn mit welchem Zeitumfang für die SpLStn zur Verfügung stehen wird.

In der nachließenden Diskussion wurde allgemein die Einrichtung einer AG SpLStn begrüßt. Klärungsbedarf besteht noch über die Stellung der bisherigen Regionaltreffen

ARBEITSGRUPPEN

der SpLStn zur neuen AG. Diese werden weiterhin für wichtig angesehen. Sie arbeiten jedoch recht uneinheitlich, teils dienen sie mehr dem Erfahrungsaustausch, teils haben sie mehr den Charakter von Fortbildungsveranstaltungen. Es besteht die Erwartung, daß mit der Einrichtung der AG sich auch die Aufgaben der Regionaltreffen klären.

Die Diskussion über die Organisation der AG und deren Verhältnis zu den Regionaltreffen wird im Rahmen der Jahrestagung der LAG fortgeführt, wo dann auch in der anschließenden Mitgliederversammlung die AG SpLStn offiziell ins Leben gerufen werden soll.

Für die inhaltliche Auseinandersetzung über die Aufgaben der SpLStn blieb am Nachmittag nicht mehr viel Zeit. Anhand von Thesen sollte darüber nachgedacht werden, inwieweit die SpLStn ihre Aufgabe der Integration der Kinder in Schule und Siedlungsumfeld leisten können.

Auch diese Diskussion soll auf der Jahrestagung und Mitgliederversammlung vom 3. - 6. Mai in Dorfweil vertieft werden.

Deshalb ist es wichtig, daß möglichst viele KollegInnen daran teilnehmen!

chr.

SOZIALHILFE

Zum ersten Treffen der AG Sozialhilfe in diesem Jahr waren 11 Personen aus den Städten Wiesbaden, Darmstadt, Gießen, Seligenstadt, Jügesheim und Raunheim am Samstag, den 18. Februar nach Frankfurt in die LAG-Geschäftsstelle gekommen. Die Diskussion an diesem Nachmittag stand ganz im Zeichen der Berichte aus den verschiedenen Städten, besonders unter dem Gesichtspunkt der anstehenden Kommunalwahlen. In mehreren Städten haben sich die Initiativen mit ihren Forderungen zur örtlichen Sozialhilfepraxis bei den kandidierenden Parteien zu Wort gemeldet und teilweise auch recht positive Rückmeldungen erhalten.

Andererseits wurde aber auch übereinstimmend von einer deutlichen Verschärfung des sozialpolitischen Klimas in den einzelnen Städten und Gemeinden berichtet. Die an sich berechnete Verärgerung über die oftmals bevorzugte Behandlung "unserer Brüder und Schwestern aus dem Osten" schlägt sehr schnell um in Asylanten- bzw. allgemeinen Ausländerhaß. Von hier bis zu offenen neofaschistischen Tendenzen ist es dann gar nicht mehr weit. Erschreckend ist, daß diese Entwicklung sogar bis hinein in die eigenen Reihen reicht. Im Rahmen eines der nächsten Treffen der AG SOZIALHILFE wollen wir uns einmal ausführlicher mit dieser Problematik befassen.

Am 18. März waren es dann über 20 Personen, die der Einladung zur AG SOZIALHILFE nach Raunheim folgten, um bei diesem Treffen eine erste Einschätzung zur lokalpolitischen Situation nach den Kommunalwahlen vorzunehmen. Insbesondere die Wahlerfolge der rechtsextremen Parteien - vor allem der NPD in Frankfurt - kamen dabei zur Sprache. Diese Entwicklung bestätigt noch einmal die Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung mit dem oben skizzierten Thema.

In der auf dem Treffen einstimmig verabschiedeten Presseerklärung bezeichneten die TeilnehmerInnen der AG SOZIALHILFE den in der Regierungskoalition ausgetragenen Streit um die Erhöhung des Kindergeldes "als ein weiteres 'erbärmliches Schauspiel' der Bonner Bundesregierung und ihrer Sozialpolitik. Während es für militärische und technologische Großprojekte wie den Jäger 90 oder die Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe in Wackersdorf, die zudem bei der Bevölkerung auf breiten Widerstand stoßen, ruhig einmal ein paar Milliarden DM mehr sein dürfen, feilscht man beim Kindergeld und anderen Sozialleistungen um jeden Pfennig." Da das Kindergeld nach wie vor bei der Sozialhilfe als Einkommen angerechnet wird, geht auch diese Erhöhung an den

SozialhilfeempfängerInnen vorbei, ohne auch nur "eine einzige Mark mehr in der ohnehin zu knapp bemessenen Haushaltskasse" der Betroffenen zu hinterlassen.

lost

WOHNEN UND MIETEN

Die AG WOHNEN UND MIETEN traf sich am 14. Februar zum ersten Mal in Langen in der Siedlung am Leukertsweg, wo auch eine Sanierung im Gespräch ist. Unklar ist nur noch das Wie, welche Häuser abgerissen und was an Neubau errichtet werden soll.

Reinhard Thies berichtet, daß das Ministerium Zuschüsse für Brennpunkt-Sanierung an Marburg, Idstein und Eschwege vergeben will.

Die Berichte der KollegInnen vermittelten ein vielfältiges Bild über die Sanierungsvorhaben in den Siedlungen.

So ist in Idstein bereits ein Sanierungsbeirat gebildet worden. Für die bisherige Spielstube gibt es Überlegungen, diese in einem Neubau zu einer Kindertagesstätte für das Wohngebiet zu erweitern (mit Mitteln aus dem entsprechenden Förderungsprogramm).

Zum ersten Mal dabei ist ein Vertreter der Spielstube von der Birsteiner Straße aus Frankfurt-Fechenheim. Dort sollen ehemalige Übergangswohnungen modernisiert werden, was jedoch Mieterhöhungen von DM 4,- auf DM 7,- je m² zur Folge hätte (ohne Landeszuschuß). Bei einer Landesförderung aus dem Brennpunkt-Modernisierungs-Topf befürchten die Fechenheimer eine zusätzliche Stigmatisierung der Häuser.

Im Wachsacker in Wiesbaden geht es im April mit der Sanierung los. Probleme gibt es noch mit dem Ersatzwohnraum. Auch am Wachsacker gibt es Überlegungen, die Spielstube zu einer siedlungsübergreifenden Einrichtung auszubauen.

In der Frauensteiner Straße in Wiesbaden ist die Sanierung fast abgeschlossen. Hier müssen nur noch ein paar Schlampigkeiten ausgebügelt werden, und dann muß noch das Wohnumfeld gestaltet werden.

Es wurde wieder deutlich: Sanierung hat in den Brennpunkten Hochkonjunktur. Die Zeit reichte gar nicht für alle anwesenden Projekte ausführlich zu berichten.

Abschluß informierte Reinhard Thies noch über die geplanten wohnungspolitischen Tagungen.

chr.

GEMEINWESENARBEIT

In ihrer Februar-Sitzung hat die AG GWA Programm gemacht. Grundprinzip der Arbeit soll weiter ein bedürfnisorientierter Ansatz sein. D.h. die Gruppe soll den TeilnehmerInnen Raum bieten, um je nach Bedarf siedlungsspezifische, aktuelle oder auch persönliche Probleme, die sich aus der Arbeit ergeben, besprechen zu können. Darüberhinaus sollen für einzelne Sitzungen feste allgemeinere Themen vorbereitet werden.

So sieht der Terminplan aus:

- 27. April 1989 in Wiesbaden in der Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben: Vorbereitung der Tagung zu GWA in Neubausiedlungen
- 19.-21. Mai 1989 in Vielbrunn: Tagung zu GWA in Neubausiedlungen
- 29. Juni 1989 in Darmstadt, Rodgaustraße: Ausländer in der GWA
- weitere Termine: 31. August 1989, 21. September 1989, 19. Oktober 1989, 16. November 1989

chr.

LAG - FEST am 10. Juni
in Wiesbaden, Presberger Str.

mit großen und kleinen Artisten und Artistinnen
mit viel Musik für jeden Geschmack

mit Otto

mit Romina und Albano

mit hervorragenden Tänzern und Tänzerinnen

mit Reden aus der Bütt

mit Theater und Show

mit Essen und Trinken

mit Kinderprogramm

und alles im Festzelt

Dazu fordern wir alle großen und kleinen Künstlerinnen und
Künstler aus den Siedlungen auf: Fangt schon heute an Euren
Pleiner bei der LAG!

Für die örtliche Planung ist Veronika Steiner von der
Presbergerstraße zuständig, Tel. 06121 / 42 93 56

Und wozu dies alles?

1. Die LAG feiert gerne
2. Die LAG wird 15 Jahre alt

Tagung und MV der LAG
6. Mai 1989 in Dorfweil

: Arbeitsprojekte
Spiel- und Lernstuben
Zukunft der GWA

: Film
Talk-Show
Fest
Bekanntes treffen

Alles klar? Anmelden!!!

Stelle gesucht!

Ich, Uwe Jost, 27 J. habe Psychologie und Pädagogik studiert und bereits ehrenamtlich mehrere Jahre mit Jugendlichen aus einem Gießener Brennpunkt gearbeitet. Ein wichtiger Teil dieser Tätigkeit war meine musikalische Mitarbeit in der Rockgruppe "Rollsplitt". Ich gebe seit 10 Jahren Gitarrenunterricht und habe Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen. Vor kurzem habe ich eine Ausbildung zum Psychodrama-Therapeuten begonnen.

Uwe Jost, Glaubrechtstr. 12, 6300 Gießen
Tel. 0641 / 2 43 85

Wir trauern um

Frenzi Weitzel

aus der Frauensteiner Str. in Wiesbaden
Sie ist am 18. Februar 1989 im Alter von 52
Jahren an Krebs gestorben.

Frenzi war regelmäßig bei LAG- und Frauen-Treffen. Ihre Stimme wird uns fehlen. Unerschrocken setzte sie sich ein, wenn sie von etwas überzeugt war und sagte groß und klein ihre Meinung. Aber auch ihren Humor und ihre lustigen Geschichten werden wir vermissen.

Vorstand und MitarbeiterInnen der LAG

Frage:

Wieviel Schimmelsporen wachsen unter
'günstigen' klimatischen Bedingungen im
Schlicht- und Einfachbau auf 1 cm² Tapete?

etwa 500?

etwa 50 Tausend?

etwa 30 Millionen?

(kaum zu glauben aber die 30 Millionen
sind richtig).